

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 1/24. Jg.

Mitteilungsblatt

März 2018

Zu dieser Ausgabe:

In dieser Nummer dokumentieren wir zwei Vorträge, die auf einer Donnerstag-Veranstaltung unseres Arbeitskreises gehalten wurden. Eckhard Müller untersucht geschichtliche Erfahrungen der sozialistischen Bewegung im Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik - ein Thema von unverminderter, ja zunehmender Aktualität.

Abschließend informieren wir über die Veranstaltungen unseres Arbeitskreises bis Mai 2018.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Dr. Eckhard Müller Vor 110 Jahren: Internationaler Sozialistenkongress in Stuttgart	S. 3
Veranstaltungen des Arbeitskreises März – Mai 2018	S. 12

Impressum: Die *Geschichtskorrespondenz* erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern/ Interessenten des Arbeitskreises per e-Mail kostenlos zur Verfügung gestellt.

e-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) e-Mail-Adresse entweder per Mail an obige e-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der Kontaktadressen mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Mai 2018.

Dr. Eckhard Müller

Vor 110 Jahren: Internationaler Sozialistenkongress in Stuttgart*

1907 stand Stuttgart im Brennpunkt der Aufmerksamkeit der internationalen Arbeiterbewegung: Zum ersten und einzigen Mal auf deutschem Boden, waren hier vom 18. bis 24. August 884 Vertreter aus 25 Ländern zum 7. Kongress der II. Internationale zusammengekommen – von Japan bis Argentinien, von Russland bis Südafrika. Allein aus Deutschland kamen 289 Delegierte, um brennende Fragen zu beraten und ein gemeinsames Vorgehen zu beschließen. Es ging um nichts Geringeres als um Maßnahmen gegen den drohenden Krieg (nach fast vierzig relativ friedlichen Jahren), um die Frage Massenstreik, Gewerkschaften und die Revolution, um die Einschätzung des Kolonialismus, der Ein- und Auswanderungsbewegungen, das Frauenstimmrecht und um Fragen der Arbeiterjugend.

Friedrich Engels hatte bereits 1888 vor den wachsenden Gefahren eines Weltkrieges gewarnt: „Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg und zwar von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit.“^[1] Seine Argumentation fand Eingang in die Agitation und Propaganda der deutschen Sozialdemokratie.

Die Absichten des deutschen Großkapitals bei der Aufteilung der Erde umriss Ernst Hasse, Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, am 22. Februar 1897 im Reichstag: „Sollten die gegenwärtigen Ereignisse zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse unter den Großmächten führen, so würde ich für meine Person die Forderung aussprechen, dass das niemals geschieht, ohne dass auch den deutschen großmächtigen Interessen Rechnung getragen wird.“^[2] Diesen imperialistischen deutschen Ansprüchen setzte am 6. Januar 1900 Senator Albert J. Beveridge im Kongress den Weltherrschaftsplan des USA-Imperialismus entgegen: „Er [Gott] hat uns zu geschickten Organisatoren gemacht, die dazu berufen sind, in der Welt Ordnung zu schaffen ... Er hat uns Kenntnisse in der Führung gegeben, damit wir wilde und hilflose Völker leiten können. Von allen Rassen hat er die Amerikaner auserwählt, die letzten Endes die Welt zu einer Wiedergeburt führen müssen.“^[3] Einen Monat zuvor am 11. Dezember 1899 hatte Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow im Reichstag den Weltmachtanspruch des Deutschen Reiches interpretiert: „Das Mittel, in dieser Welt den Kampf ums Dasein durchzufechten ohne starke Rüstung zu Lande und zu Wasser, ist für ein Volk von bald sechzig Millionen, das die Mitte von Europa bewohnt und gleichzeitig seine wirtschaftlichen Fühlhörner ausstreckt nach allen Seiten, noch nicht gefunden worden. In dem kommenden Jahrhundert wird das deutsche Volk Hammer oder Amboß sein.“^[4]

Rosa Luxemburg erklärte in ihrer Rede über den Völkerfrieden, den Militarismus und die stehenden Heere auf dem Pariser Sozialistenkongress 1900 nach dem französischen Protokoll: „Neues leisten? Ist nicht der Militarismus eine der ältesten Geißeln, eines der ältesten Verbrechen der bürgerlichen Welt? Neu ist, dass diese Politik des Militarismus sich in Form der Weltpolitik des Imperialismus ausgeweitet und verschärft hat. Es handelt sich nicht mehr nur um eine gigantische Aufrüstung in Vorbereitung auf einen neuen Krieg zwischen zwei oder drei Nachbarstaaten. Dieser Militarismus treibt alle großen Nationen der Welt beständig in neue koloniale Eroberungen. Er verwandelt die Vereinigten Staaten von Amerika in einen durch und durch militaristischen Staat, und das gleiche gilt auch für England. Und während bisher Deutschland fast als einziges Land seine Armee und seine Flotte unablässig ausbaute, ist diese Politik jetzt die Losung der ganzen Welt geworden.“^[5] Gemeinsam mit Paul Singer schlug sie in einer Resolution vor, statt nur Grundsatzklärungen abzugeben und regelmäßige Beratungen der sozialistischen Repräsentanten zu organisieren ständige internationale Aktionen gegen den Militarismus zu initiieren.

Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten und ihren Staatenbündnissen, dem Dreibund und der Entente spitzten sich weiter zu. 1905 fand die Anlandung des deutschen Kaisers Wilhelm II. in Tanger, Marokko, statt, die als demonstrativer Anspruch auf einen Teil (bereits von England, Frankreich beanspruchten) afrikanischen und asiatischen Kolonien eine unmissverständliche Kriegsdrohung war.^[6] Es ging um die imperialistische Neuverteilung der Welt. Allseitiges Wettrüsten war die Folge.

Auf der anderen Seite gab es ein enormes Anwachsen der Arbeiterbewegung. 1905 wurde das zaristische Russland von der ersten Revolution mit dem neuen Kampfmittel des politischen Massenstreiks erschüttert. Rosa Luxemburg erörterte im Vorwort zur russischen Ausgabe ihrer Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ von 1906, „wie der Massenstreik zu verstehen sei: als Demonstrationswaffe einer planmäßigen Aktion oder als historische Äußerung des revolutionären Massenkampfes.“^[7] Die Frage, wie kommen wir zur Überwindung des kapitalistischen Systems, stellte sich immer drängender. Gleichzeitig waren Widersprüche innerhalb sozialdemokratischer Parteien schon deutlich spürbar und nahmen zu.

Die herrschenden Kreise in Deutschland taten alles, um die Unsicherheiten innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung zu schüren. Reichskanzler von Bülow verfolgte eine zweigleisige Taktik gegenüber der Arbeiterbewegung. Er hatte sich im Rahmen der von ihm mitgeprägten imperialistischen „Sammlungspolitik“ wiederholt dafür eingesetzt, durch eine Verbreitung des Spielraumes für opportunistische Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie das revolutionäre Wesen der deutschen Arbeiterpartei abzuschwächen, um auch ohne Ausnahme Gesetze die Arbeiterbewegung wirkungsvoller an das imperialistische System zu binden.

Das unterschiedliche Herangehen der verschiedenen Formationen der herrschenden Klassen zeigte sich 1907 bei der Frage der Zulassung des Sozialistenkongresses in Deutschland. Das Auswärtige Amt in Berlin versuchte im Januar 1907, die württembergische Regierung zu drängen, den in Stuttgart geplanten Kongress zu verbieten. Bei den Reichstagswahlen am 25. Januar und 5. Februar 1907 erlitt die deutsche Sozialdemokratie mit der Halbierung der Mandate große Verluste.

Der nationalliberale württembergische Innenminister von Pischek empfahl dem dortigen Staatsministerium, den Kongress zuzulassen, weil, traditionellem Liberalismus folgend, ein Verbot in Württemberg weder rechtlich möglich noch politisch klug sei. „Ein präventives Verbot ... würde die revisionistischen und possibilistischen Elemente der Gewerkschaften in die extreme Richtung hineindrängen und in der übrigen Bevölkerung – an der der Kongress sonst unbemerkt vorbeigehe – den Eindruck erwecken, als habe die Regierung eine heillose Angst vor der Sozialdemokratie.“^[8] Die Regierung in Preußen erhob nach einer Sitzung ihres Staatsministeriums am 27. April 1907 keine Einwände mehr, aber es gelte dahin zu wirken, „dass die Verhandlungen einen ruhigen Verlauf nähmen und keine Reden gestattet würden, welche das nationale Gefühl und den öffentlichen Frieden verletzen oder den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, insbesondere die Verächtlichmachung der Heereseinrichtungen zu fordern, geeignet seien.“^[9]

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Berliner politische Polizei der Vorbereitung und dem Verlauf der Debatte zum Militarismus. Die Initiative ging dabei vom preußischen Kriegsminister Karl von Einem aus. Sie verschaffte sich vertraulich die Abschrift von August Bebels Entwurf der Resolution zur Kriegsfrage. Der Aktenvermerk war mit dem Datum 28. Mai 1907 versehen. Die erste Fassung der Resolution Bebels zur Frage Militarismus und internationale Konflikte lautete: „Kriege zwischen Staaten, die auf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruhen, sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes untereinander auf dem Weltmarkt, da jeder Staat bestrebt ist, seine Absatzgebiete nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wo-

bei Unterjochung fremder Völker und Länderraub eine große Rolle spielen. Begünstigt und gefördert werden die Kriege durch die im Interesse der herrschenden Klassen den Kulturvölkern anezogenen und systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere. Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus, sie werden erst aufhören wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene beständige Beunruhigung, die Völker selbst zur Empörung wider das System treibt. Insbesondere ist die Arbeiterklasse, die in den Kriegen vorzugsweise die Kämpfer stellt und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, die natürliche Gegnerin der Kriege, dank ihrer internationalen Solidarität und, weil der Krieg in Widerspruch steht zum Ziel der Arbeiterklasse : Schaffung einer neuen, auf sozialistischer Grundlage ruhender Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker verwirklicht.

Der Kongress betrachtet es deshalb als Pflicht aller Arbeiter und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Bloßlegung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfedern für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und für die Ausglei- chung der nationalen Gegensätze zu wirken, indem sie für eine Politik der Verständigung und Versöhnung eintreten.

(Als weiteres Mittel den Frieden zu erhalten betrachtet der Kongress die Konstituierung eines internationalen Parlaments, das zusammengesetzt ist aus den Vertretern der parlamentarischen Körperschaft der verschiedenen Staaten, dessen Aufgabe ist die allen Völkern gemeinsamen Kulturinteressen wahrzunehmen. Ferner die Einsetzung eines Weltschiedsgerichts, dem die Pflicht auferlegt wird in allen Streitfällen zwischen verschiedenen Staaten ein Urteil abzugeben.)* Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles zu tun, um durch Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, und falls er dennoch ausbrechen sollte, für möglichst rasche Beendigung einzutreten.

Der Kongress muss es aber ablehnen, den Arbeitern der einzelnen Länder eine Verpflichtung zur Verhinderung des Krieges durch Militärstreik oder Massenfahnenflucht aufzuerlegen, da diese Mittel sich nach Lage der Verhältnisse [als] undurchführbar und zweckwidrig, ja direkt ver- derblich erweisen müssen.

A. Bebel

*Die Annahme der in () geklammerten Sätze betrachte ich als nicht einwandfrei. Ich übergebe sie der Überlegung.“[\[10\]](#)

Unter dem Datum 14. Juni 1907 enthält die Akte der Berliner politischen Polizei die Abschrift der „abgeänderten, vertraulich beschafften Kriegsresolution“ Bebels [\[11\]](#). Dieser zweite Entwurf ist eine verkürzte Fassung des ersten Entwurfes. Eine Veränderung erhielt folgende Passage: „Der Kongress betrachtet es deshalb als Pflicht aller Arbeiter und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfedern für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Rüs- tungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern. Der Kon- gress sieht in der demokratischen Organisation des Wehrwesens, das alle Waffenfähigen um- fasst, eine wesentliche Garantie, dass Angriffskriege unmöglich werden und die Überwindung nationaler Gegensätze erleichtert wird.“[\[12\]](#) Weiter erfolgten einige stilistische Änderungen. Der eingeklammerte Absatz und der Schlusssatz waren gestrichen. So wurde von Bebel der Entwurf auf dem Stuttgarter Kongress eingebracht. Wann und warum strich Bebel diese wichtigen Pas- sagen, denen für die Orientierung auf bestimmte Formen des Kampfes große Bedeutung zu-

kam?

Zur Streichung hat sich Bebel möglicherweise nach der Lektüre von Gustave Hervés Publikation „Leur Patrie“ (Ihr Vaterland) entschlossen, um entschieden und prononciert seine Ablehnung der Militärstreiks oder der Massenfahnenflucht à la Hervé zu bekunden. Als Beleg sei hier ein Brief Bebels an Karl Kautsky vom 20. Mai 1907 angeführt: „Ich habe jetzt das Buch von Hervé Leur Patrie durchgelesen. Der Mann vertritt Ansichten, die ich frage, ob man ihn in Stuttgart ungeschoren lässt, falls er dort Ansichten, wie in seinem Buch vertritt. Bei uns verfiel das Buch unrettbar einer Anklage auf Hochverrat. Es empfiehlt sich, dass Du Kenntnis von dem Inhalt nimmst; ich kann Dir das Buch besorgen.“ [13] Im „Vorwort Kautskys zu seiner Schrift „Patriotismus und Sozialdemokratie“ von Juni 1907 hieß es, „...dass die deutsche Sozialdemokratie jede Verpflichtung entschieden ablehnen wird, dem Ausbruch eines Krieges durch Insurrektion, Militärstreik oder Massenstreik entgegenzutreten.“ [14]

Den Delegierten des Kongresses wurden für ihre Tagung die Stuttgarter Liederhalle und der Wartesaal Erster Klasse des Bahnhofs zur Verfügung gestellt. Das Wohlwollen der Landesregierung war jedoch teuer erkauft. Unter Bruch aller Prinzipien hatte die sozialdemokratische Landtagsfraktion erstmals dem Budget einer bürgerlichen Regierung zugestimmt. „Mir wurden vertraulich Andeutungen gemacht, dass es jetzt nicht ratsam sei, bei der Etatabstimmung mit einem Nein gegen die Regierung zu demonstrieren“, rechtfertigte sich Wilhelm Keil, Vorsitzender der württembergischen Sozialdemokratie. „Könnte es nicht, wenn wir jetzt die Regierung reizten, nachteilige Folgen für den Verlauf des Kongresses haben? Mit dieser Erwägung trat ich an die Fraktion heran, und nach wenigen Minuten war beschlossen, diesmal für den Etat zu stimmen ohne besondere Motivierung.“ [15] August Bebel schrieb daraufhin an Keil: „Was in aller Welt fiel denn Eurer Fraktion ein, für das Budget zu stimmen! Soll das eine besondere Begründung für den internationalen Kongress sein! Bei Euch hat ja der Revisionismus auf der ganzen Linie gesiegt!“ [16] Das war eine Vorwegnahme der Auseinandersetzungen auf dem Kongress.

Vier verschiedene Resolutionsentwürfe waren für den Tagesordnungspunkt „Der Militarismus und die internationalen Konflikte“ eingereicht worden: einer von August Bebel im Namen des deutschen Parteivorstandes, ein zweiter von Vaillant und Jaurès namens der französischen Delegationsmehrheit, ein dritter von Guesde für die französische Minderheit und der vierte von dem Franzosen Hervé. In einer 23-köpfigen Kommission wurden sie vom 19. bis zum 23. August 1907 jeden Tag in einer Generaldebatte behandelt. [17]

Davon ausgehend, dass es „für das Proletariat gleichgültig“ sei, „in und unter welcher National- oder Regierungsmarke die Kapitalisten es ausbeuten“, forderte Hervé in seiner Resolution, „jede Kriegserklärung, von welcher Seite sie auch kommen mag, mit Militärstreik und mit Aufstand zu beantworten“ [18]. Hervés „halbanarchistischer Standpunkt“ wurde in der Debatte von allen Rednern abgelehnt. Der Reformist Georg von Vollmar setzte gegen Hervés Auffassungen den parlamentarischen Kampf und rechtfertigte die Vaterlandsverteidigung. Eine von Jean Jaurès und Edouard Vaillant eingebrachte Resolution forderte „die Verhütung und Verhinderung des Krieges ... durch nationale und internationale sozialistische Aktionen der Arbeiterklasse mit allen Mitteln, von der parlamentarischen Intervention, der öffentlichen Agitation bis zum Massenstreik und zum Aufstand...“ [19] Die Resolution von Jules Guesde stimmte in den wesentlichen Punkten mit dem Entwurf Bebels überein. Bebels Entwurf richtete sich keineswegs allein auf den parlamentarischen Kampf, wie das Hervé und Vollmar in der Kommission unterstellten. Er enthielt keine genügende Antwort auf die entscheidende Frage, wie die Arbeiterklasse den Krieg unmittelbar bekämpfen sollte. [20]

Auf Vorschlag August Bebels wurden nach der Generaldebatte die weiteren Verhandlungen über die endgültige Fassung der Resolution in eine 13-köpfige Subkommission verlegt. Ihr ge-

hörten u.a. an: Bebel und Vollmar für Deutschland, V. Adler für Österreich, Jaurès und Guesde für Frankreich, Scheu für England, Ferri für Italien, Rosa Luxemburg (das Mandat stellte ihr Lenin zur Verfügung) für Russland, Branting für Skandinavien und Vandervelde als Vorsitzender.^[21]

Rosa Luxemburg brachte in die Beratungen der Subkommission einen von W. I. Lenin, Martow und ihr gestellten Antrag zu Bebels Resolution ein.^[22] In einem Artikel schätzte Lenin ein: „Diese Anträge besagten 1., dass der Militarismus ein Hauptwerkzeug der Klassenunterjochung ist, verwiesen 2. auf die Aufgabe der Agitation unter der Jugend und betonten 3. Die Aufgabe der Sozialdemokratie nicht nur gegen den Ausbruch von Kriegen oder für die rasche Beendigung bereits ausgebrochener Kriege zu kämpfen, sondern auch die durch den Krieg herbeigeführte Krise auszunutzen, um den Sturz der Bourgeoisie zu beschleunigen. Alle diese Abänderungsanträge nahm die Unterkommission (die von der Kommission für die Frage des Antimilitarismus gewählt worden war) in die Bebelsche Resolution auf. Außerdem schlug Jaurès einen trefflichen Plan vor: statt auf die Kampfmittel (Streik, Aufstand) solle auf die historischen Beispiele des Kampfes des Proletariats gegen den Krieg – von den Demonstrationen in Europa bis zur Revolution in Russland – hingewiesen werden. Das Resultat dieser ganzen Umarbeitung war zwar eine übermäßig lange, dafür aber wirklich gedankenreiche, die Aufgaben des Proletariats genau aufzeigende Resolution. Sie verbindet die Strenge einer orthodoxen, d.h. der einzig wissenschaftlichen marxistischen Analyse mit der Empfehlung entschlossener und revolutionärster Kampfmaßnahmen für die Arbeiterparteien. Diese Resolution kann man nicht auf Vollmarsche Art lesen, eben so wenig wie man sie in den engen Rahmen des naiven Hervévismus zwingen kann.“^[23] Um die Einbringung dieser Zusatzvorschläge fanden längere Besprechungen statt, zu denen Bebel Rechtsanwalt Hugo Haase als juristischen Berater hinzugezogen hatte. Bebel beharrte darauf, die Resolution so zu formulieren, dass die deutsche Sozialdemokratie mit den in Deutschland geltenden strafgesetzlichen Bestimmungen nicht in Konflikt gerate.

Bebels gesamter Entwurf ging in die Endfassung des Stuttgarter Kongresses ein, die aber auf den dreifachen Umfang erweitert wurde. Die Resolution zum Antikriegskampf wurde von den Delegierten im Plenum ohne Debatte einstimmig angenommen. Es hieß in ihren entscheidenden Passagen: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarischen Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern... Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“^[24] Die Antikriegsresolution des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart 1907 trug programmatischen Charakter und gehört zu den bedeutendsten internationalen Dokumenten realpolitischen Friedenskampfes der revolutionären Arbeiterbewegung.

In der „Übersicht über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung von der Mitte des Jahres 1906 bis zum Ende des Jahres 1907“ der Berliner politischen Polizei wird eingeschätzt: „Dieser Beschluss ist bemerkenswerter durch das, was er nicht sagt, als durch das, was er sagt... Tatsächlich ist deshalb die antimilitaristische Entschließung des Kongresses, so äußerlich zahm sie erscheint, nichts anderes denn ein Rahmen, der alle Möglichkeiten umspannt, von der mildesten Form, der Bekämpfung des Militarismus durch das Parlament, bis zu der staatszertrümmernden Aktion der Hervéisten.“^[25]

Auf der Grundlage der Antikriegsresolution, die auf den Sozialistenkongressen 1910 in Kopen-

hagen und 1912 in Basel bestätigt wurden, rangen die deutschen Linken um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin und Franz Mehring unermüdlich darum, die Massen aufzuklären, außerparlamentarischer Massenkämpfe zur Erhaltung des Friedens zu entfalten und die nationale Massendemagogie der imperialistischen und militaristischen Kreise zu enthüllen.

Am 20. Februar 1914 wurde vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main ein Prozess gegen Rosa Luxemburg durchgeführt, weil sie in zwei Versammlungen zum Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr die deutschen Arbeiter aufgerufen hatte, im Falle eines Krieges nicht auf ihre Klassenbrüder in Frankreich und in anderen Ländern zu schießen. Rosa Luxemburg wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. In ihrer Verteidigungsrede vor der Frankfurter Strafkammer erklärte sie: „Wir sind der Auffassung, dass Kriege nur dann und nur so lange geführt werden können, als die arbeitende Volksmasse sie entweder begeistert mitmacht, weil sie sie für eine gerechte und notwendige Sache hält, oder wenigstens dulgend erträgt. Wenn hingegen die große Mehrheit des werktätigen Volkes zu der Überzeugung gelangt – und in ihr diese Überzeugung, dieses Bewusstsein zu wecken ist gerade die Aufgabe, die wir Sozialdemokraten uns stellen – ‚wenn, sage ich, die Mehrheit des Volkes zu der Überzeugung gelangt, dass Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind, dann sind Kriege unmöglich geworden.“^[26] Diese Aussagen Rosa Luxemburgs beinhalten wesentliche Erkenntnisse, Probleme und Fragen zu den Bedingungen und zum Kampf um den Frieden vor und im ersten Weltkrieg.

Vom 22. Februar bis Mai 1914 trat Rosa Luxemburg vor Tausenden und Abertausenden von Männern und Frauen in stets überfüllten Sälen auf Protestversammlungen gegen ihre Verurteilung in Frankfurt am Main, in Bornheim, in Berlin, Freiburg im Breisgau, in Stuttgart, in Karlsruhe, in München, in Nürnberg, in Heilbronn, in Göppingen und in Gmünd auf. Rosa Luxemburgs Reden in diesen Orten sind zum großen Teil in dem Anfang März 2017 erschienenen Band 7/2 ihrer „Gesammelten Werke“ erstmals veröffentlicht worden.^[27] Mit dem zum gleichen Zeitpunkt herausgekommenen Band 7/1 ist nunmehr die Edition aller deutschsprachigen Texte Rosa Luxemburgs abgeschlossen.^[28] Band 6 umfasst für die Zeit von 1893 bis 1906 insgesamt 270 Dokumente und die Bände 7/1 und 7/2 von 1907 bis 1918 zählen 160 Dokumente.

Von 1970 bis 1975 waren fünf Bände der Edition herausgekommen, die ihre wichtigsten deutschsprachigen Schriften enthielten. In fünf Bänden war jedoch nicht das gesamte Schriftgut Rosa Luxemburgs unterzubringen. Fünf Bände, das war die offiziell beschlossene Maßgabe. Rosa Luxemburg sollte nach dem Willen der Parteiführung der SED nicht wie die Klassiker Marx, Engels und Lenin behandelt werden. So musste auf die Aufnahme von Vorarbeiten bzw. Entwürfen zu ihren Schriften in Gestalt von handschriftlichen Notizen verzichtet werden. Anonym erschienene oder nur mit Zeichen von ihr versehene Presseartikel sollten nur abgedruckt werden, wenn sie eindeutig belegt autorisiert werden konnten. Angesichts des auf 5 Bände begrenzten Umfangs konnten nicht sämtliche in den verschiedenen sozialdemokratischen Presseorganen zum gleichen Thema veröffentlichte Artikel und ebenso sollten nicht allzu viele Zeitungsberichte über Versammlungen, weil sie die Handschrift anderer trügen, gebracht werden. So gut wie generell wurden Polizeiberichte über ihre Reden und Auftritte nicht aufgenommen.

Die intensive Auswertung der Tausende von Briefen Rosa Luxemburgs, die in der sechsbändigen Briefedition von 1982-1993 in der Herausgeberschaft von Annelies Laschitzka vorliegen, und Briefe Dritter ermöglichten es uns, weitere Artikel und Reden zu autorisieren. In den Bänden 6, 7/1 und 7/2 der „Gesammelten Werke“ Rosa Luxemburgs fanden Aufnahme Artikel aus der „Leipziger Volkszeitung“, der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, Dresden, aus dem „Vorwärts“, Berlin, aus der „Gleichheit“, Stuttgart, aus „Sozialdemokratischen Korrespondenz“, Berlin und aus „Der Kampf“, Duisburg sowie Polizei- und Zeitungsberichte über Referate z.B. über Welt-

politik, Sozialreform, taktische Fragen der Wahlrechtskämpfe, über das Thema „Was ist Nationalökonomie“ und über ihre Auffassungen zum politischen Massenstreik.

Im Band 6 befindet sich eine bisher völlig unbekannte Rarität. Es sind handschriftliche kritische Notizen Rosa Luxemburgs von 1902 für Franz Mehring zu Bemerkungen von Friedrich Engels in seinen Artikeln in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zur Polendebatte 1848 in der Frankfurter Nationalversammlung. Franz Mehring verwertete sie postwendend als Herausgeber in seiner Einleitung zum Dritten Band „Marx, Engels: Gesammelte Schriften 1841 bis 1850“.

Dreimal zeichnete sie für einige Wochen bzw. wenige Monate in einflussreichen sozialdemokratischen Presseorganen als Chefredakteurin bzw. Redakteurin verantwortlich und hinterließ mehr politische und persönliche Spuren als bisher bekannt. Dabei offenbarten sich besondere journalistischen Fähigkeiten. In der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ fanden sich aus der Zeit vom 5. Juli bis 30. Oktober 1898 vierzig Beiträge bzw. Notizen. Sie wertete die neuesten Meldungen ausländischer Zeitungen und Zeitschriften aus und schilderte Tatsachen der französischen, belgischen, englischen und italienischen Arbeiterbewegung. Für ihre Mitarbeit an der „Leipziger Volkszeitung“ im Jahre 1902 konnten weitere 26 vorwiegend ungezeichnete Beiträge identifiziert werden, die in den Band 6 aufgenommen wurden. In einem zweiteiligen Artikel nahm Rosa Luxemburg zu einer Enquete zum Antiklerikalismus in der französischen Zeitschrift „Le Mouvement Socialiste“ im Januar 1903 Stellung. Das dritte Mal wurde Rosa Luxemburg Chefredakteurin im Aufwind der russischen Revolution von 1905. Ihre internationale Bedeutung war für sie unbestreitbar. Ab 1. November bis zum 28. Dezember 1905 war sie Chefredakteur des „Vorwärts“. Für das Jahr 1905 enthält der Band insgesamt 125 Dokumente..

Die Bände 7/1 und 7/2 weisen eine ganz andere Struktur und Probleme auf und sind vielfältiger als alle vorherigen Bände. Sie enthalten sehr umfangreiche handschriftliche Fragmente, Notizen und Exzerpte unterschiedlichster Herkunft und Form aus den Jahren 1907 bis 1914 und 1918 u.a. über die Geschichte des Urkommunismus und der Sklaverei, über die Geschichte der Städte im Feudalismus, über die englische Revolution und die Geburtswehen des frühbürgerlichen Parlamentarismus, über Kolonialgeschichte, über die Geschichte der Krisen und Krisentheorien, über das Bank- und Börsenwesen, über die Entstehung von Aktiengesellschaften und die Tendenzen der Kartell- und Trustentwicklung, über die Widersprüche im Kapitalismus, über die Soldatenmisshandlungen im deutschen Kaiserreich in Vorbereitung auf einen zweiten Prozess 1914, über das Versagen der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale bei Ausbruch des ersten Weltkrieges mit Ausblicken auf die Nachkriegszeit aus dem Jahre 1918. Weiter sind persönliche Unterlagen wie die Gefängnis Kalender von 1915, 1917 und 1918, das literarische Kleinod „Die Geheimnisse eines Gefängnishofes“, kritische Ergänzungen zu Clara Zetkins Resolutionsentwurf über Jugenderziehung von 1908, Erklärungen zu polizeilichen Befragungen während ihrer Haftzeiten im ersten Weltkrieg und handschriftliche geologische und botanische Notizen sowie das handschriftliche Manuskript für den für Franz Mehrings Marx-Biographie geschriebenen Abschnitt über den 2. und 3. Band des „Kapitals“ enthalten. In den Band 7/1 wurden ebenfalls die Aufzeichnungen von Jacob Walcher und Rosi Frölich über die Vorträge Rosa Luxemburgs im Lehrfach Nationalökonomie an der sozialdemokratischen Parteischule aufgenommen. Die Fragmente, Notizen, Exzerpte und die Aufzeichnungen von Walcher und R. Frölich belegen wie intensiv Rosa Luxemburg die neuen ökonomischen und politischen Erscheinungen beobachtete und analysierte, zugleich auf theoretische Erklärungen anderer Ökonomen reagierte, immer wieder auf Schriften von Marx und Engels sowie Lassalle zurückgriff und Auffassungen der bürgerlichen Ökonomie reflektierte. Anschaulich wird die wissenschaftliche Arbeitsweise Rosa Luxemburgs sichtbar und dokumentiert, dass sich ihre Revolutionstheorie aus der Ökonomie des Kapitalismus erschloss.

Mit den Erfahrungen aus der ersten russischen Revolution verstärkte Rosa Luxemburg ihren

Druck auf Partei und Gewerkschaften in Bezug auf außerparlamentarische Aktionen, um berechnete Forderungen wie die Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechts durchzusetzen. Eine Reihe neuer Dokumente zeigt, dass sie um die Klarheit und Aufklärung über das Kampfmittel des politischen Massenstreiks in innen- und außenpolitischen Krisen focht. Das spiegeln besonders drei Reden Rosa Luxemburgs in drei parteiinternen Veranstaltungen, so auf dem Jenaer Parteitag 1913 und in der Reichstagsfraktion im Januar 1914 wider, die nur in Polizeiberichten überliefert sind.

Der Band 7/2 belegt wie Rosa Luxemburg während des ersten Weltkrieges ihre kritische Sicht auf Geschichte und Entwicklungsphasen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung vertiefte. Erstmals werden 32 Blatt handschriftlicher Fragmente von 1918 vollständig publiziert, die Gedankenskizzen für einen geplanten zweiten Teil der „Junius-Broschüre“ gewesen sein könnten. Sie bezeichnete den Weltkrieg als „die Kritik und den Abschluss der 2. Periode“ der Geschichte des Sozialismus, in der der Parlamentarismus und die ständige Organisation zum Tageskampf dominierten.“^[29] Die Nationalitätenfrage, das Schicksal der Kolonien, die Perspektiven und die Schuldenlasten durch Militarismus und die Kriegskosten würden sich nach dem Weltkrieg als die wichtigsten der großen weltweit ungelösten Probleme erweisen.

In den Vorworten zu den Bänden präsentiert Annelies Laschitza neue Forschungsergebnisse zur Biographie, zu den politischen Aktivitäten und zur wissenschaftlichen Arbeitsweise von Rosa Luxemburg. Die Dokumente sind mit einem ausführlichen Anmerkungsapparat versehen. Den Bänden sind annotierte Personenregister und geographische Register beigegeben.

* Einführungsvortrag in der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises in Berlin-Weißensee am 22. Juni 2017.

[1] Friedrich Engels: Einleitung [zu Sigismund Borkheims Broschüre <Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten. 1806-1807>]. In MEW, Bd. 21, S. 350/351.

[2] Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, IX. Legislaturperiode, IV. Session, Siebenter Bd. 1895/97, Berlin 1897, S. 4852

[3] Speech, Congressional Record, 56 th Congress, 1 st Session, Vol. XXXIII, pp. 705-711.

[4] Fürst Bülow's Reden nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik. Mit Erlaubnis des Reichskanzlers hrsg. von Johannes Penzler, Bd.1, Berlin 1907. S. 95.

[5] Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 6, 1893 bis 1906. Hrsg. und bearb. von Annelies Laschitza und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitza, Berlin 2014, S. 305.

[6] Vgl. Gerd Fesser: Der Traum vom Platz an der Sonne. Deutsche „Weltpolitik“ 1897-1914, Bremen 1996 und Konrad Canis: Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902, Berlin 1997, S. 138-395..

[7] Rosa Luxemburg: Generalstreik und die deutschen Gewerkschaften. In: Gesammelte Werke, Bd. 6, a.a.O., S. 919/920.

[8] Zit. nach: Harald Koth/Thomas Seidel, Zur Vorgeschichte des Stuttgarter Kongresses der II. Internationale 1907. Protokoll einer Sitzung des Königlich-Preußischen Staatsministeriums, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin), Nr. 4/1967, S.500.

[9] Zit nach: Ebenda, S. 502.

[10] Zit. nach Thomas Seidel, Die Kongresse der II. Internationale und die Tätigkeit des ISB im Blickpunkt der Berliner politischen Polizei (1900 bis 1912), Diplomarbeit, Leipzig 1987, S. 130.

[11] Zit. nach: Ebenda, S. 75.

[12] Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart. 18. Bis 24. August 1907, Berlin 1907, S.

86.

[13] August Bebel an Karl Kautsky, 20. Mai 1907. In: August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky. Hrsg. von Karl Kautsky (Jun.), Assen 1971, S. 186.

[14] Karl Kautsky: Patriotismus und Sozialdemokratie, Leipzig 1907, S. 1.

[15] Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten.I. Band, Stuttgart 1947, S. 240.

[16] Ebenda, S.241.

[17] Vgl. Walter Wittwer: Streit um Schicksalsfragen. Die deutsche Sozialdemokratie zu Krieg und Vaterlandsverteidigung 1907-1914, Berlin 1967, S. 38-56 und August Bebel. Eine Biographie. Autorenkollektiv unter Leitung von Ursula Herrmann und Volker Emmrich, Berlin 1989, S.645-661.

[18] Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, a.a.O., S. 87

[19] Ebenda, S. 86.

[20] Vgl. August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften. Band 8/1. Reden und Schriften 1906 bis 1913. Hrsg. vom IISG Amsterdam. Bearb. von Anneliese Beske und Eckhard Müller, München 1997, S. 251-259..

[21] Vgl. Internationaler Sozialisten-Kongreß, a.a.O., S. 101.

[22] Vgl. ebenda, S. 102 und Annelies Laschitza: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 2000., S. 277-280.

[23] W. I. Lenin: Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart: In: Werke, Bd. 13, S. 73.

[24] Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, a.a.O., S. 64-66.

[25] Dokumente aus geheimen Archiven. Band 3. Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878-1913. Teil III 1906-1913. Bearb. von Dieter Fricke und Rudolf Knaack, Berlin 2004, S. 9-11.

[26] Rosa Luxemburg: Verteidigungsrede am 20. Februar 1914 vor der Frankfurter Strafkammer. In: Gesammelte Werke, Bd. 3, Juli 1911 bis Juli 1914, 6. Aufl., Berlin 2003, S. 400.

[27] Vgl. Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Band 7/2. 1907 bis 1918. Hrsg. und bearb. von Annelies Laschitza und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitza, Berlin 2017, S. 810-850.

[28] Vgl. Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Band 7/1. 1907 bis 1918.Hrsg. und bearb. von Annelies Laschitza und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitza, Berlin 2017.

[29] Rosa Luxemburg: Handschriftliche Fragmente zur Geschichte der Internationalen, der deutschen Sozialdemokratie, zu Krieg, Revolution und Nachkriegsperspektiven. In: Gesammelte Werke, Band 7/2, a.a.O.,S.1107.

Veranstaltungen des Arbeitskreises März - Mai 2018

Sonnabend, Konferenz:
17. März Die deutsche Novemberrevolution 1918/19 und die Gründung der KPD.
Eine Bilanz.

Vorträge:

Prof. Dr. Gerhard Engel (Klausdorf)

Der Platz der Novemberrevolution 1918/19 in der deutschen Geschichte.

Prof. Dr. Heinz Karl (Berlin)

Die Gründung der KPD und ihre Wirkung.

Dazu laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e.V., Wuppertal, und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von 11.00 bis 17.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Haus *Undine*,

Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung, für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Donnerstag, „Prager Frühling“? (1968/2018).
26. April Einführung: Klaus Kukuk

Donnerstag, Die von der PiS inszenierte reaktionäre Geschichtsschreibung in Polen.
24. Mai s Einführung: Prof. Dr. Eckart Mehls

Die **Donnerstag-Veranstaltungen** beginnen (ab April d.J.) bereits um **15.00 Uhr!** Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl*, **Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24** (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-65 970 79

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-98 665 74